



Netanyahu genehmigt Plan zur Eroberung von Gaza City

Ministerpräsident Benyamin Netanyahu hat die Pläne der israelischen Armee IDF für die Eroberung von Gaza City genehmigt. In Gaza City befindet sich die letzte Hochburg der Terrororganisation Hamas. Auch die 50 in der Gewalt von Hamas und anderen Terrorgruppen verbliebenen israelischen Geiseln des 7. Oktober werden dort vermutet. 20 bis 22 dieser Geiseln sollen noch am Leben sein.

Die IDF hatte sich ursprünglich gegen die Eroberung von Gaza City ausgesprochen. Sie befürchtet, dass dadurch das Leben der Geiseln gefährdet wird. Ausserdem machte die Armeeführung geltend, dass die Soldaten nach dem bald zweijährigen Krieg in Gaza müde seien. In jüngster Zeit ist es vermehrt zu Selbstmorden von Armeeangehörigen gekommen. Für die Offensive auf Gaza City sind jetzt 60'000 zusätzliche Reservisten der IDF zum Dienst aufgeboden worden.

Auch in der israelischen Bevölkerung wird der Ruf nach einem baldigen Waffenstillstand zur Freilassung der Geiseln immer lauter. Am Sonntag, 17. August demonstrierte im ganzen Land rund eine Million Menschen gegen die geplante Offensive auf Gaza City, allein in Tel Aviv waren es rund 500'000.

Die israelische Regierung zeigt sich bisher von diesen Protesten unbeirrt. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigte in einem Interview mit dem australischen Fernsehsender Sky an, der Krieg werde so lange fortgeführt, bis Hamas vernichtet sei. Eine Konstellation, in der Hamas in Gaza weiterhin eine Rolle spiele, sei ausgeschlossen. Dies gelte auch dann, wenn jetzt erneut Waffenstillstandsverhandlungen geführt würden. Solche scheinen sich anzubahnen, nachdem Hamas unter dem Druck der bevorstehenden israelischen Offensive anscheinend ihren Widerstand gegen ein von amerikanischer Seite vorgeschlagenes Abkommen aufgegeben hat. Israel hatte diesem stufenweisen Waffenstillstands-Vorschlag ursprünglich zugestimmt. Doch unter dem Druck seiner rechtsextremen Partner Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich scheint Netanyahu davon nichts mehr wissen zu wollen. Dies, obschon führende Mitte- und Linkspolitiker ihm ihre Unterstützung zugesichert hatten, falls Ben-Gvir und Smotrich mit ihren Parteien wegen eines Waffenstillstandsabkommen die Regierungskoalition verlassen würden.